

Hintergründe zum Konflikt um das „Endlagersuchgesetz“

Seit über 50 Jahren fällt in Deutschland in Atomkraftwerken radioaktiver Müll an, der für über eine Million Jahre von der Biosphäre ferngehalten werden muss, um Schäden für Mensch und Natur zu vermeiden. Bis heute gibt es weltweit keine Methode und keinen Ort, an dem der Atommüll für solche Zeiträume sicher gelagert werden kann.

Die „Endlager“ für schwachradioaktiven Müll in den ehemaligen Salzbergwerken Morsleben und Asse sind schon wenige Jahrzehnte nach der Einlagerung einsturz- und überflutungsgefährdet. Das Endlagerprojekt für den hochradioaktiven Müll im Salzstock im wendländischen Gorleben ist bis heute nicht in Betrieb. Der Standort wurde 1977 von der Politik nicht nach wissenschaftlichen, sondern nach geopolitischen Kriterien (Lage an der innerdeutschen Grenze) ausgesucht. Seither gibt es Protest und Widerstand in Gorleben und politischen Streit um dieses Projekt.

Nach Fukushima haben sich Bund und Länder darauf verständigt, einen Neustart bei der Endlagersuche zu machen und dabei bundesweit nach dem am besten geeigneten Standort zu suchen. Allerdings konnte man sich nicht darauf einigen, den Standort Gorleben aufzugeben.

Seit dem November 2011 haben Bund und Länder und die Bundestagsfraktionen von Union, FDP, SPD und Grünen über ein „Standortauswahlgesetz“ für die Suche nach einem Atommüll-Endlager verhandelt – in der Öffentlichkeit „Endlagersuchgesetz“ genannt. Die Verhandlungen fanden meist im kleinen Kreis (zuletzt öfter Altmaier, Gabriel, Trittin) statt.

Am 17. Mai wurde das Gesetz in erster Lesung im Bundestag beraten. Am 14. Juni soll es vom Bundestag, am 5. Juli vom Bundesrat beschlossen werden. Die Politik will den gefundenen Parteienkompromiss unbedingt noch in dieser Legislaturperiode festklopfen, weil sie befürchten, dass die gemeinsame Basis nach der Wahl nicht mehr hält.

Für den 31.5. bis 2.6. hat der Bundesumweltminister die Öffentlichkeit zu einem „Forum Standortauswahlgesetz“ nach Berlin eingeladen. Jede/r der/die sich rechtzeitig angemeldet hat, kann in einem Redebeitrag von fünf Minuten seine Meinung zum Gesetz vorbringen.

Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen haben schon seit Beginn der Parteienverhandlungen um das Gesetz ihre Bereitschaft erklärt, sich konstruktiv an der Entwicklung eines neuen Verfahrens zu beteiligen, weil auch sie ein großes Interesse daran haben, dass der „am wenigsten schlechte“ Platz für die Lagerung von Atommüll gefunden wird. Sie haben grundlegende Kritik am jetzigen Gesetzentwurf. Doch sie wurden bis heute nicht einbezogen und halten das jetzt geplante „Forum“ für ein ungeeignetes Mittel, um diese Beteiligung nachzuholen.

Sie beziehen sich in ihrer Kritik u.a. auf den Vorschlag des vor zehn Jahren von der Bundesregierung eingesetzten Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AK End), zusammengesetzt aus WissenschaftlerInnen von beiden Seiten der Atomdebatte, der in seinem Abschlussbericht vorgeschlagen hatte, vor der Formulierung eines Gesetzes eine zweijährige gesellschaftliche Debatte über das richtige Such- und Auswahlverfahren zu führen.

Die Umweltbewegung hält einen Lagerstandort nur dann für durchsetzbar, wenn die Bevölkerung vor Ort Vertrauen in das Verfahren und die handelnden Akteure hat. Da die Atommüllpolitik der letzten

Jahrzehnte aber großen Anlass zu Misstrauen gibt, braucht es aus Sicht der Verbände und Initiativen nicht nur einen Parteienkonsens, sondern einen gesellschaftlichen Konsens über das Suchverfahren, bevor daraus ein Gesetz gemacht wird.

Die jetzt im Gesetz vorgesehene Bund-Länder-Kommission, die unter Beteiligung einzelner VertreterInnen der Zivilgesellschaft in den nächsten zwei Jahren grundlegende Fragen der Atommüll-Entsorgung und das im Gesetz bereits festgeschriebene Verfahren diskutieren soll und Veränderungsvorschläge machen kann, wird von den Verbänden sehr kritisch gesehen. Denn die Kommission müsste gegen ein bereits mit breiter Mehrheit beschlossenes Gesetz anarbeiten, das die meisten Dinge, die die Kommission erarbeiten soll, bereits regelt. Die Vorschläge der Kommission haben keine Verbindlichkeit und müssen vom Bundestag nicht umgesetzt werden. Verbände und Initiativen wollen deshalb zuerst eine Kommission, die einvernehmlich ein Suchverfahren entwickelt und dann erst das Gesetz.

Weitere Informationen:

Bundesumweltministerium über das Forum:

www.bmu.de/N50061/

Süddeutsche Zeitung zum Streit um das „Forum“

<http://www.sueddeutsche.de/politik/endlagersuche-fuer-atommuell-fuenf-minuten-mitreden-1.1677697>

BUND-Vorsitzender Hubert Weiger über die Kritik am Gesetz und am „Forum“:

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/2116892/>

Jochen Stay (Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt) über den Konflikt:

<http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/endlagersuchgesetz/artikel/8f81d3dbf2/es-geht-nur-mit-den-menschen-nic.html>

Liste der Organisationen und Initiativen, die sich nicht am „Forum“ beteiligen:

<http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/endlagersuchgesetz/buergerforum>